

POLITISCHE PRIORITÄTEN DER SPE-FRAKTION

*Aktualisierung für die zweite Hälfte der
Mandatsperiode 2020–2025*

**Städte und Regionen gemeinsam für
einen progressiven, solidarischen und
nachhaltigen Aufbau!**

UNSERE ZIELE

Eine Chance zur Stärkung einer progressiven Agenda

Wir leben in Zeiten des Wandels, in denen Europa aufgefordert ist, die globalen Herausforderungen und die Veränderungen zu bewältigen, die sich aus der Coronavirus-Pandemie ergeben haben bzw. in vielerlei Hinsicht dadurch beschleunigt wurden. Einerseits hat die Pandemie die bestehenden sozialen, wirtschaftlichen, generationenbezogenen und ökologischen Ungleichheiten weiter verstärkt, andererseits hat sie zu einem beispiellosen Quantensprung bei der europäischen Solidarität und der gemeinsamen Krisenreaktion geführt, wie insbesondere die ehrgeizigen Aufbau- und Resilienzprogramme zeigen. Nun stehen wir am Übergang von Notfallmaßnahmen hin zur Gestaltung des Aufbaus.

Dies birgt für die progressiven politischen Kräfte in der EU auch die Chance zu zeigen, dass es für Europa auch einen anderen Weg gibt – einen feministischen, sozial gerechten Weg, der grün mit einem roten Herzen ist. Die politische Forderung der SPE-Fraktion im AdR lautet daher: Lasst uns gemeinsam für einen progressiven, inklusiven und nachhaltigen Aufbau in Europa arbeiten!

Im Zuge der nun erfolgenden Aktualisierung der politischen Prioritäten der SPE-Fraktion wurde ein Rahmenpapier ausgearbeitet, das auf den Grundsätzen der SPE-Fraktion im AdR aufbaut, das sich angesichts der Veränderungen aufgrund der Coronavirus-Pandemie, den Konsequenzen des illegalen russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine und im Hinblick auf die SPE-Präsidentschaft 2022–2025 aber auch auf einen zukunftsorientierten Ansatz stützt.

Die SPE-Fraktion im AdR plant ihre künftigen politischen Maßnahmen und Tätigkeiten im Einklang mit dem programmatischen Ansatz der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D), der Stiftung für Progressive Europäische Studien (FEPS) sowie weiterer fortschrittlicher Partner. Wir fassen die Europawahl 2024 fest ins Auge und jetzt unmittelbar die dringende Unterstützung der Ukraine als unser Nachbarland. Als SPE-Fraktion bekräftigen wir die Werte der Einheit und Solidarität für ein starkes und unabhängiges Europa! Als SPE-Fraktion werden wir unermüdlich daran erinnern, dass die schrittweise Integrationspolitik in Europas Nachbarschaft, Dörfern, Städten und Gemeinden stattfindet. Diese sind die Akteure, die täglich beweisen, dass es möglich ist, einladende Gemeinschaften aufzubauen und eine erfolgreiche Integration von Migranten und Flüchtlingen zu verwirklichen.

Vor dem Hintergrund der politischen Prioritäten des AdR für die Amtszeit 2020–2025 und unter dem Blickwinkel der lokalen und regionalen Perspektive werden sechs bereichsübergreifende Prioritäten die politische Agenda der SPE-Fraktion in den kommenden Monaten leiten und deren Umsetzung bestimmen. Die erforderliche Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an den sich entwickelnden politischen Kontext bleibt dabei gesichert.

Unsere aktualisierten politischen Prioritäten

1) TERRITORIALER ZUSAMMENHALT FÜR EINEN ERFOLGREICHEN AUFBAU IN EUROPA

Einen progressiven, inklusiven und nachhaltigen Aufbau auf der Grundlage einer starken und belastbaren Kohäsionspolitik fördern

2) DAS SOZIALE EUROPA VERWIRKLICHEN

Die europäische Säule sozialer Rechte umsetzen

3) EINE PROGRESSIVE UND SOZIALE VISION DES WIRTSCHAFTLICHEN WANDELS

Ein neuer Ansatz für das europäische Gesellschafts- und Wachstumsmodell – Stärkung der Rolle von Dörfern, Städten, Regionen und Gemeinden als Katalysatoren einer Gesellschaft des Wohlergehens

4) EIN GERECHTER WEG ZUM GRÜNEN WANDEL

Den europäischen Grünen Deal sozialverträglich und ortsbezogen nach dem Motto „Der Planet und die Menschen zuerst“ umsetzen

5) VORBEREITUNG AUF EIN SOZIALGERECHTES DIGITALES ZEITALTER

Den digitalen Wandel sozial gerecht gestalten und den Zusammenhalt sichern

6) FÜR EINE STÄRKUNG DER ROLLE DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER AUF DEM WEG ZU EINEM DEMOKRATISCHEREN UND POLITISCHEREN EUROPA

Stärkung und Vertiefung der europäischen Demokratie durch Förderung innovativer Formen der Bürgerbeteiligung am Beschlussfassungsprozess der EU

Der Weg nach vorn: Aufbau einer fortschrittlichen Allianz von, Städten, Dörfern und Regionen

Die SPE-Fraktion und ihre Mitglieder haben den Auftrag, die gesamte Familie fortschrittlicher lokaler und regionaler Regierungen in der Europäischen Union (EU) zu vertreten. Durch die enge Zusammenarbeit mit ihnen möchten wir die Stimme aller fortschrittlichen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften werden und auf deren Stärke und Netzwerken aufbauen. Dadurch werden wir die lokale und die europäische Ebene besser verbinden und durch einen Bottom-up Ansatz auf ein sozialeres und nachhaltigeres Europa aufbauen.

Für die SPE-Fraktion ist es von grundlegender Bedeutung zu betonen, dass die EU nur mit der Arbeit und dem Engagement der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und ihrer Vertreter*innen die wachsende Kluft zwischen ihren Institutionen und Bürger*innen überbrücken kann.

Wir beabsichtigen, unsere Plattform fortschrittlicher Städte und Regionen zu konsolidieren und weiter auszubauen, um den Austausch bewährter Verfahren zu fördern und neue Ideen zu sammeln, wie ein nachhaltigeres Europa von Grund auf neu aufgebaut werden kann. Um dieses Ziel zu verwirklichen, müssen junge fortschrittliche Kommunal- und Regionalpolitiker eine wichtige Rolle spielen, da sie die Führungspersönlichkeiten von morgen sind.

Unser Ziel wird es sein, den Raum und die Möglichkeiten zu bieten, diese junge Politiker*innen zusammenzubringen, indem wir sie einladen, an Aktivitäten der SPE-Fraktion teilzunehmen, und spezielle Veranstaltungen, einschließlich unserer jährlichen Flaggsschiff-Veranstaltung, der „#ProgressivesSpeakUp Schule“, veranstalten. Ziel ist es, ihnen die Möglichkeit zu geben, sich mit der Struktur und Arbeitsweise des AdR vertraut zu machen und engere Beziehungen zur Institution und ihren Mitgliedern, aber auch zur fortschrittlichen europäischen politischen Familie zu pflegen.

Die SPE-Fraktion wird weiterhin die vielen positiven Geschichten und bewährten Verfahren fortschrittlicher Städte und Regionen in verschiedenen Bereichen sichtbar machen. Städte und Regionen sind zu Laboren für innovative Lösungen geworden, und die SPE-Fraktion möchte mit dieser Kampagne diese Geschichten verbinden und bekannter machen. Insbesondere die #ProgressiveLocalStories sind auch zu einer Sensibilisierungsaufgabe geworden um die lokalen Gebietskörperschaften über die Herausforderungen und Chancen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu informieren und die Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung einer breiten Öffentlichkeit nahe bringen soll.

Abgesehen von der Kommunikation über die Gesetzgebungsarbeit des AdR wird die SPE-Fraktion weiterhin politische Kampagnen in Verbindung mit ihren politischen Prioritäten mit einem neuen Ansatz für ihre gesamte Kommunikation aufbauen. Wir werden unsere Aktivitäten ebenfalls an den Nachrichtenzyklus und die breiteren interinstitutionellen Entwicklungen sowie den politischen Rahmen der EU anpassen und uns an neue Trends und sich entwickelnde Bedürfnisse unserer Mitglieder anpassen.

1) TERRITORIALER ZUSAMMENHALT FÜR EINEN ERFOLGREICHEN AUFBAU IN EUROPA

Einen progressiven, inklusiven und nachhaltigen Aufbau auf der Grundlage einer starken und belastbaren Kohäsionspolitik fördern

Der territoriale Zusammenhalt muss im Mittelpunkt des Aufbaus stehen. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie machen deutlich, dass die Gefahr wirtschaftlicher Stagnation, sozialer Fragmentierung und zunehmender regionaler Ungleichgewichte innerhalb und zwischen den EU-Mitgliedstaaten besteht. Im Zuge der Pandemie hat sich auch gezeigt, welche hohen Kosten unzureichende Investitionen in die öffentlichen Dienste und die Infrastruktur verursachen: Dies hat Menschenleben gekostet, die Gesundheitssysteme überlastet und zu asymmetrischen Schocks in den europäischen Regionen geführt.

Die Kohäsionspolitik ermöglichte den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, in vielerlei Hinsicht rasche politische Maßnahmen zu ergreifen, wodurch noch dramatischere Auswirkungen vermieden werden konnten. Dies sollte wertgeschätzt und anerkannt werden. Nach Ansicht der SPE-Fraktion im AdR muss der **Zusammenhalt** daher **als Grundwert** und bereichsübergreifender Grundsatz **anerkannt werden**, der für alle EU-Politikbereiche gilt.

Einheit und Konvergenz müssen im Mittelpunkt des politischen Projekts Europa stehen. Die EU-Politik kann die **Kluft zwischen den ländlichen und den städtischen Gebieten und den Gebieten in Rand- und äußerster Randlage** sowie auch innerhalb von Städten durch einen territorialen und ortsbezogenen Ansatz wirksam überwinden. **Die Kohäsionspolitik ist unerlässlich, um diese Kluft zu schließen.** Darüber hinaus versetzt sie nicht nur die Regionen mit Entwicklungsrückstand in die Lage, aufzuholen, und ermöglicht den wohlhabenderen Regionen Fortschritte, sondern kann auch das Bild der EU in der öffentlichen Wahrnehmung verbessern.

Das Aufbauinstrument „NextGenerationEU“ und die Aufbau- und Resilienzfazilität sind sicherlich begrüßenswert, haben jedoch eine strategische Neuausrichtung eingeleitet, die eine rasche Bewältigung der gesundheitlichen Notlage ermöglichen sollte. In der Folge wurden sie zu den wichtigsten Instrumenten zur Reaktion auf die COVID-19-Pandemie, und langfristige Investitionen wurden ausgesetzt. **Es ist mittlerweile fraglich, ob die Kohäsionspolitik eine wirksame und angemessene Reaktion auf künftige Krisen zu gewährleisten imstande ist.**

Wir sind der Ansicht, dass sowohl die derzeitige Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik als auch ihre mögliche künftige Reform aus einer ganzheitlichen, aber auch langfristigen Perspektive heraus betrachtet werden müssen. Die künftige Kohäsionspolitik muss ebenso wie das in den EU-Verträgen verankerte Ziel des

wirtschaftlichen, sozialen, territorialen und digitalen Zusammenhalts **in den Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen neu gedacht, neu konzipiert und neu ausgerichtet werden.** Vor dem Hintergrund des europäischen Governance-Rahmens muss die SPE-Fraktion im AdR die Umsetzung **kohäsionspolitischer Programme fordern, die auch in Zukunft so bürgernah wie möglich bleiben müssen.**

Die nationalen und regionalen Behörden müssen daher eine Schlüsselrolle bei der Festlegung und Gestaltung von Entwicklungsstrategien spielen, die darauf abzielen, regionale Ungleichheiten zu beseitigen. Durch die Stärkung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und die klare Verknüpfung der EU-Kohäsionspolitik mit übergeordneten Zielen wie Bewältigung der Klimakrise und der Energiewende, Digitalisierung, Sozialpolitik sowie Netzausbau unter dem Gesichtspunkt der Bürgernähe kann den vielfältigen lokalen und regionalen Bedürfnissen besser Rechnung getragen und die Umsetzung der Kohäsionspolitik inklusiver, progressiver und nachhaltiger gestaltet werden. Zu diesem Zweck sollten wir auch darauf hinarbeiten, dass die Verabschiedung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften über den territorialen Zusammenhalt und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vom Europäischen Ausschuss der Regionen befürwortet wird.

Die SPE-Fraktion besteht darauf, dass **die lokalen und regionalen Ebenen befähigt werden müssen, eine aktive Rolle in allen Schritten des kohäsionspolitischen Prozesses zu spielen, von der Festlegung des EU-Haushalts bis zu seiner konkreten Umsetzung vor Ort. Zu diesem Zweck sollten wir uns dafür einsetzen, dass vor der Verabschiedung von Vorschriften zum territorialen Zusammenhalt und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine positive Beurteilung vom Europäischen Ausschuss der Regionen vorausgegangen ist. Lokale und regionale Behörden müssen einen direkteren und flexibleren Zugang zu EU-Haushaltsquellen haben.** Erstens, weil so Reibungen zwischen nationalen, regionalen und lokalen Behörden bei der Auszahlung von EU-Mitteln möglicherweise reduziert werden könnten. Zweitens, weil die festgestellte Konkurrenz zwischen der Aufbau- und Resilienzfähigkeit und der Kohäsionspolitik angegangen werden muss. Eine Divergenz zwischen diesen beiden Instrumenten muss verhindert werden, indem bestehende Politiken wie die Kohäsionspolitik neu positioniert und modernisiert werden und Konvergenz, Synergien und Komplementarität mit der Aufbau- und Resilienzfähigkeit gefördert werden, wenn eine größere Wirkung sichergestellt werden kann.

2) DAS SOZIALE EUROPA VERWIRKLICHEN

Die europäische Säule sozialer Rechte umsetzen

Nach Auffassung der SPE-Fraktion im AdR ist die Überwachung der europäischen Säule sozialer Rechte und ihres Aktionsplans von großer Bedeutung. Gute Arbeit, aber auch Mindestlöhne und Mindesteinkommen, Sozialschutz und eine echte Debatte über die europäische Gesundheitsunion und die europäische Strategie für Pflege und Betreuung müssen im Mittelpunkt unserer politischen Maßnahmen stehen, um ein starkes soziales Europa Wirklichkeit werden zu lassen.

Für eine europäische Gesundheits- und Pflegeunion

Gesundheit und Wohlergehen müssen im Mittelpunkt eines erneuerten sozialen Europas stehen. Es muss darüber nachgedacht werden, wie die bestehenden Rechtsinstrumente bzw. die Gesundheitseinrichtungen gestärkt werden können, um die Gesundheit und das Wohlergehen aller Europäerinnen und Europäer proaktiv zu fördern. **Der Abbau von Ungleichheiten im Gesundheitsbereich und die Verbesserung des Zugangs zu hochwertiger Gesundheitsversorgung auf lokaler und regionaler Ebene können einen sehr wichtigen Beitrag dazu leisten, den europäischen Gesundheitssektor insgesamt zu stärken und ihn reaktionsfähiger sowie für alle zugänglich zu machen.** Dies ist nicht zuletzt angesichts des wachsenden Bedarfs an Altenpflege auch für den Langzeitpflegesektor und angesichts der Gefahr der Bildung von medizinischen Wüstengebieten bedeutsam. Der Status und der akute Mangel an Pflegekräften stellen ebenfalls große Herausforderungen dar, auf die auf europäischer Ebene Antworten gegeben werden müssen. Die SPE-Fraktion im AdR wird sich nachdrücklich dafür einsetzen, dass der EU die Zuständigkeit für diesen Bereich unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips übertragen wird. Zudem wird sie aktiv zur Ausgestaltung der europäischen Gesundheitsunion und der künftigen europäischen Strategie für Pflege und Betreuung beitragen.

Für den Zugang zu angemessenem, nachhaltigem und erschwinglichem Wohnraum

Der Zugang zu nachhaltigem, inklusivem und erschwinglichem Wohnraum stellt nach wie vor eine Herausforderung auf mehreren Ebenen dar. In Europa sind 80 Millionen Menschen vom Mangel an bezahlbarem Wohnraum betroffen. Nach der Finanzkrise haben die Gentrifizierung und Finanzialisierung städtischer Gebiete zu einer weiteren Verschärfung der Ungleichheiten in Bezug auf Wohnraum geführt. Erschwinglicher Wohnraum wurde dadurch für viele Menschen, auch solche mit mittlerem Einkommen oder jüngere, zu einem unerreichbaren Traum. Durch die aktuelle Gesundheitskrise werden die Auswirkungen der Finanzkrise weiter verschärft: Es gibt kaum angemessenen und erschwinglichen Wohnraum, und die Zahl der Obdachlosen steigt. Auch die Ankunft von Flüchtlingen aus der Ukraine erfordert schrittweise politische Entscheidungen, die auf eine langfristige Perspektive abstellen.

Probleme beim Zugang zu Wohnraum in städtischen Gebieten aufgrund von Preissteigerungen können für ländliche Gebiete eine Chance darstellen. Die Erleichterung des Zugangs zu Wohnraum in kleinen Gemeinden wird zur Erholung der Bevölkerung in diesen Gebieten beitragen, indem neue Familien und junge Menschen angezogen und die Bevölkerung der bereits existierenden Bevölkerung ermittelt werden. Dies erfordert die Ausarbeitung einer Strategie für den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus in kleinen Gemeinden.

Wie einige progressive Städte und Regionen gezeigt haben, können innovative Lösungen für angemessenen Wohnraum die soziale Ungleichheit und Ausgrenzung verringern. Darüber hinaus hat sich bei der Bekämpfung von Obdachlosigkeit das „Housing First“-Konzept langfristig als effizienter und wirksamer erwiesen.

Die **Schaffung eines europäischen Rahmens, der sich an bewährten Verfahren für den Wohnungsbau auf lokaler und regionaler Ebene orientiert**, wäre ein sinnvoller Beitrag zu

einer sozial gerechten und nachhaltigen Erholung. Ein solcher Rahmen **könnte den Weg für angemessenen, erschwinglichen und nachhaltigen Wohnraum für alle ebnen**. Die SPE-Fraktion im AdR ist zutiefst davon überzeugt, dass die EU damit sowohl einen Beitrag zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und der Ziele sowohl des EU-Gesetzes zur Armutsbekämpfung als auch des europäischen Grünen Deals leisten als auch ihres Bekenntnisses zur Beseitigung der Obdachlosigkeit bis 2030 nachkommen könnte.

Für eine europäische Kinderunion und eine ehrgeizige europäische Jugendpolitik

Über ein Viertel der Kinder in Europa ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen oder bedroht. In diesem Zusammenhang **kommt es entscheidend darauf an, sicherzustellen, dass Kinder frühzeitig Zugang zu Betreuung, Bildung und Erziehung erhalten, um durch die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der kollektiven Widerstandsfähigkeit den Teufelskreis der Vererbung von Ungleichheiten über Generationen hinweg zu durchbrechen**. Das Konzept der Kinderunion wurde im Zusammenhang mit der Kindergarantie aufgebracht, einer Initiative der S & D-Fraktion im Europäischen Parlament für einen progressiven Ansatz zur frühzeitigen Bekämpfung von Ungleichheiten. Die Berücksichtigung der lokalen und regionalen Perspektive ist in diesem Zusammenhang nicht nur deshalb von zusätzlichem Nutzen, weil so bewährte Verfahren aus den Bereichen Kinderpolitik und soziale Sicherheit aufgezeigt werden können, sondern auch mit Blick auf den Zugang zu den EU-Finanzierungsinstrumenten für die Zeit nach COVID-19, die Anreize für Inklusion und Gerechtigkeit in der frühen Kindheit bieten können. Die SPE-Fraktion im AdR ist der festen Überzeugung, dass die **Kinderunion von zentraler Bedeutung für die Schaffung einer wirklichen Sozialunion ist**. Als Ergänzung und Vervollständigung unserer Vision eines sozialen Europas treten wir auch für die **Stärkung und Unterstützung junger Generationen im Rahmen der Jugendgarantie** ein. Besonders wichtig ist es, die Zuweisung von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds zu überarbeiten. In diesem Zusammenhang fordern wir die Aufnahme einer Bestimmung, wonach nur bezahlte Praktika angeboten werden dürfen. Mit Blick auf das Europäische Jahr der Jugend 2022 und die Beteiligung junger Menschen an der Konferenz zur Zukunft Europas unterstützt die SPE-Fraktion die EU-Agenda zur Verbesserung des Zugangs junger Menschen zu Bildung, Kultur und Sport und der Teilhabe junger Menschen am demokratischen Leben auf allen Regierungsebenen.

Für eine feministische und gleichstellungsorientierte Agenda

Zieht man Bilanz aus der Situation nach der Pandemie, wird klar, dass **wir ein starkes feministisches Europa brauchen**. Frauen waren überdurchschnittlich stark von der Pandemie und ihren Folgen wie dem Anstieg von Ungleichheit, prekären Beschäftigungsverhältnissen, Armut, Arbeitslosigkeit, geschlechtsspezifischer Gewalt und Klimawandel, um nur einige zu nennen, betroffen. Die Aushöhlung des Sozialschutzes für Frauen erfordert besondere Aufmerksamkeit und politisches **Engagement, und die Gleichstellung der Geschlechter und die Frauenrechte müssen im Mittelpunkt der Maßnahmen der SPE-Fraktion für soziale Gerechtigkeit und für ein soziales Europa stehen**.

Im Hinblick auf die zunehmende Digitalisierung und Umsetzung der künstlichen Intelligenz (KI) müssen wir sicherstellen, dass KI-Systeme bestehende Vorurteile und strukturelle Diskriminierung verringern und keine Verzerrungen verursachen oder reproduzieren. KI muss mehr egalitären Gesellschaften dienen. Unser politisches Engagement muss darauf ausgerichtet sein, in all unseren Tätigkeiten feministischen Werten Rechnung zu tragen und für die Einhaltung unseres Verhaltenskodex für Geschlechterparität in Bezug auf die Mitgliedschaft in der SPE-Fraktion im AdR zu sorgen. Die SPE-Fraktion spricht sich auch dafür aus, dass vor jeder neuen EU-Gesetzgebung geschlechtsspezifische Folgenabschätzungen durchgeführt werden.

Städte und Gemeinden – Schlüsselakteure der Migrations- und Integrationspolitik

Ziel des neuen Migrations- und Asylpakets der EU war es, einen Ausweg aus der politischen Sackgasse zu weisen, in der die EU hinsichtlich einer gemeinsamen Migrationspolitik steckt. Bedauerlicherweise fußt dieses Paket nicht auf einem wirklich solidarischen Ansatz. Das Kriterium des ersten Einreiselandes wurde beibehalten, sodass die entscheidende Rolle der Regionen und Städte bei der Bewältigung der Migration vor Ort und der Aufnahme von Flüchtlingen nicht anerkannt wird. Im Großen und Ganzen wird mit dem Paket der Status quo der Dublin-Verordnung festgeschrieben, sieht dieses doch weder Anreize für die freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen noch eine zuverlässige und solidarische dezentrale Aufteilung auf die EU-Mitgliedstaaten vor.

In diesem Zusammenhang beabsichtigt die SPE-Fraktion im AdR, die Debatte über eine effiziente und humane Steuerung der Migration, aber auch über eine angemessene und inklusive Integrationspolitik fortzusetzen. **Migration ist zwar eine globale Herausforderung, muss jedoch auch und vor allem vor Ort angegangen werden. Den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften kommt somit eine unverzichtbare Rolle bei der Bewältigung ihrer Auswirkungen, aber auch bei der positiven Vermittlung ihrer Vorteile zu.** Viele Migranten und Flüchtlinge sind aufgrund von COVID-19 und in Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine noch schutzbedürftiger geworden. Dies zeigt, wie wichtig es ist, dass die Integrationspolitik auch weiterhin als politische Hauptpriorität betrachtet wird. Die Städte und Gemeinden sind faktisch die Schlüsselakteure bei der Steuerung der Migration, denn sie sind zu wichtigen Keimzellen für den Aufbau von Solidaritätsnetzen geworden. Im Bereich der Migrationssteuerung sind es insbesondere die Gemeinden, die mit Gesundheitsmaßnahmen und der Gewährleistung des Zugangs zu Wohnraum, Bildung und Arbeit an vorderster Front stehen.

Als SPE-Fraktion begrüßen wir den Vorschlag für eine CARE-Verordnung, mit der die nationalen und regionalen Haushalte in der gesamten EU bei der Bewältigung des beispiellosen Migrationsdrucks unterstützt werden sollen, der sich aus der russischen Aggression gegen die Ukraine ergibt.

Die Beseitigung der Armut von Kindern und Jugendlichen ist eine der Prioritäten der SPE-Fraktion. Wir fordern daher, die Rolle der Kindergarantie und der Europäischen Jugendgarantie bei der Bewältigung der Situation unbegleiteter Kinder und Minderjähriger, die in Europa ankommen, zu stärken.

Nach Ansicht der SPE-Fraktion im AdR würde eine Aufstockung der Finanzmittel und die Gewährleistung einer sinnvollen Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Gestaltung der Aufnahme- und Integrationspolitik zu mehr Effizienz und einem stärkeren Engagement der nichtstaatlichen Akteure und der Zivilgesellschaft führen und so zur Schaffung eines Gemeinschaftsgefühls und sozialer Inklusion beitragen. Als SPE-Fraktion sind wir der festen Überzeugung, dass Solidarität, aber auch ein positiver Umgang mit der Lage in der Ukraine die Organisation und Finanzierung künftiger Migrationsströme leiten und inspirieren muss.

Für Freiheitsräume für LGBTIQ+-Personen

Die Verwirklichung einer Union der Gleichheit für alle, in der die Grundrechte aller geachtet und geschützt werden, ist in den EU-Verträgen verankert. Dennoch kommt es in der EU aufgrund des Trends zur Beschneidung von Freiheitsrechten von lesbischen, schwulen, bisexuellen, Transgender-, intersexuellen und asexuellen Personen nach wie vor zur Diskriminierung von LGBTIQ+-Personen, und gegen die zunehmende Zahl institutionalisierter repressiver Maßnahmen wird nichts unternommen. In der Folge haben sich viele Städte und Gemeinden eindeutig gegen diese Entwicklungen positioniert, indem sie sich zu LGBTIQ+-Freiheitsräumen erklärt haben. In den Regionen und Städten Europas gibt es viele positive Beispiele und Initiativen, und die Zahl der LGBTIQ+-Freiheitsräume nimmt weiter zu. Die SPE-Fraktion hat bei der Sensibilisierung für dieses Thema und der Förderung der Rechte von LGBTIQ+-Personen eine maßgebliche Rolle gespielt, indem sie aufgezeigt hat, wie diese **Maßnahmen auf lokaler und regionaler Ebene dazu beitragen, Europa zu einem Ort zu machen, an dem es keine Diskriminierung, Verfolgung oder Vorurteile gibt.** Darüber hinaus verfolgt die SPE-Fraktion im AdR eine Null-Toleranz-Politik gegenüber jeglicher Form von Diskriminierung im Rahmen ihrer Arbeiten, darunter auch gegenüber Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität oder der sexuellen Orientierung.

3) EINE PROGRESSIVE UND SOZIALE VISION DES WIRTSCHAFTLICHEN WANDELS Ein neuer Ansatz für das europäische Gesellschafts- und Wachstumsmodell – Stärkung der Rolle von Dörfern, Städten, Regionen und Gemeinden als Katalysatoren für eine Gesellschaft des Wohlergehens

Die SPE-Fraktion im AdR **muss auf der Erklärung von Porto für soziales Engagement aufbauen, die auf dem Sozialgipfel im Mai 2021 angenommen wurde.** Die Kohäsionspolitik als Grundwert sowie als Mittel zum Abbau von Ungleichheiten und zur Verbesserung der Lebensbedingungen nach der COVID-19-Pandemie zu befürworten, heißt, das soziale Europa zu stärken. Als SPE-Fraktion im AdR sind wir davon überzeugt, **dass das europäische Gesellschafts- und Wachstumsmodell auf eine Weise Nutzen aus dem grünen und dem digitalen Wandel ziehen kann, die gerecht und inklusiv ist und bei der die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie die Bürgerinnen und Bürger mitreden können.**

Auf europäischer Ebene wird sich die SPE-Fraktion im AdR für eine **bessere Umsetzung der Kohäsionspolitik einsetzen, indem sie die Notwendigkeit eines stärkeren EU-Eigenmittelsystems, aber auch eines solidarischen Ansatzes bei der Umverteilung der Mittel innerhalb der EU deutlich macht.** Die ersten Schritte in diese Richtung wurden mit dem Paket „NextGenerationEU“ und dem neuen **Europäischen Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (SURE)** (gesetzt, mit denen die europäische Integration eine neue Stufe erreicht. **Sie sollten dauerhaft bestehen bleiben und die Kohäsionspolitik der EU ergänzen.** Die positive Wirkung dieser Instrumente darf jedoch nicht die Bedeutung der Kohäsionspolitik für die Erholung und ihre entscheidende Rolle beim zweifachen digitalen und ökologischen Wandel verdecken.

Die SPE-Fraktion im AdR wird die bevorstehende **Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU und die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts** aufmerksam verfolgen. Die Europäische Kommission wird 2022 Legislativvorschläge in diesem Bereich vorlegen, über die bis Januar 2023 eine Einigung erzielt werden soll. Vor diesem Hintergrund bietet sich unserer politischen Familie die Gelegenheit, am Spar-Mantra zu rütteln und für die Aufnahme goldener Regeln für öffentliche Investitionen in den wirtschaftspolitischen Rahmen der EU zu sorgen, die einen sozialen, gerechten und ortsbezogenen europäischen Grünen Deal unterstützen. Die SPE-Fraktion im AdR wird sich für die Demokratisierung des Europäischen Semesters einsetzen, um dessen Zentralisierung und Umsetzung im zwischenstaatlichen Verfahren entgegenzuwirken. Um die Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu ermöglichen, muss das Europäische Semester einem Verhaltenskodex folgen, der die Wahrung der Grundsätze der Partnerschaft und der Subsidiarität garantiert.

In diesem Zusammenhang wird sich die SPE-Fraktion im AdR darum bemühen, progressive lokale und regionale Gebietskörperschaften in ganz Europa **für das Thema „Über das BIP hinaus“ zu mobilisieren und zu der Debatte darüber beizutragen. Es ist wirklich an der Zeit, statt dem BIP das Wohlergehen** für die Zuweisung von EU-Mitteln, insbesondere in der Kohäsionspolitik der EU, **zum Maßstab zu nehmen.**

4) EIN GERECHTER WEG ZUM GRÜNEN WANDEL

Den europäischen Grünen Deal sozialverträglich und ortsbezogen nach dem Motto „Der Planet und die Menschen zuerst“ umsetzen

Schutz unserer Umwelt und unseres Klimas, Bekämpfung der Energiearmut

Der Grüne Deal der EU ist die oberste politische Priorität und bereichsübergreifende Leitinitiative der Europäischen Kommission zur Schaffung eines alternativen Entwicklungsmodells für unsere Wirtschaft und Gesellschaft in einer sich rasch wandelnden Welt. **Die derzeitige COVID-19-Krise hat den engen Zusammenhang zwischen Notlagen**

im Gesundheits- und im Umweltbereich aufgezeigt und uns bewusst gemacht, dass die Politik den Weg zu einem besseren Schutz der Erde und unseres Klima beschreiten muss. Beim Übergang zu diesem alternativen Modell müssen wir alle Menschen und Gebiete mitnehmen.

Aus Sicht der SPE-Fraktion im AdR muss besonderes Augenmerk auf die Folgen des Klimawandels für die Regionen und die ihnen entstehenden Anpassungskosten gelegt werden. Dies gilt insbesondere für Regionen, die doppelt belastet sind, weil sie den Klimawandel eindämmen und zugleich die Kosten für die Bewältigung klimabedingter Auswirkungen tragen müssen. Beim gerechten Übergang müssen die möglichen Effekte mitberücksichtigt werden, durch die der Klimawandel Umweltungleichheiten in Europa noch verschärfen könnte.

Der Übergang zu einer klimaneutralen Gesellschaft ist ein radikaler Wandlungsprozess, der die feste politische Entschlossenheit der Weltgemeinschaft erfordert. Das Vertrauen aller Teile der Gesellschaft zu gewinnen und durch sozialen Dialog einen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen, ist von ausschlaggebender Bedeutung. Dabei spielen die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften eine ganz wesentliche Rolle, weil sie viel dafür tun können, die örtliche Bevölkerung zu mobilisieren. Die SPE-Fraktion im AdR wird im Rahmen ihrer politischen Vision für eine fortschrittliche Energieunion auch das Thema Energiearmut in den Vordergrund rücken. Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine bedeutet das auch, dass Energieeffizienzmaßnahmen und Investitionen in erneuerbare Energien und karbonneutrale Energie gefördert werden müssen.

Es ist wichtig, die neuen Herausforderungen für den EU-Binnenmarkt mit Lieferengpässen und Entwicklungen bei den Produkt-, Kraftstoff- und Energiepreisen anzugehen. Angesichts dieser Verzerrungen muss die EU in der Lage sein, neue Lösungen anzubieten, die über die strategische Autonomie Europas zu einem widerstandsfähigeren und gestärkten Binnenmarkt beitragen.

Eine progressive Vision für ländliche Gebiete

Es bedarf eines starken politischen Ansatzes, um Rückstände in ländlichen Gebieten aufzuholen und ihr Potenzial voll zu erschließen. Gleichzeitig müssen die Stadt-Land-Beziehungen auf inklusive und nachhaltige Weise verbessert werden, wobei die Unterschiede und die Vielfalt der ländlichen Gebiete zu berücksichtigen sind. In diesem Zusammenhang kann, unter anderem, die New European Bauhaus Initiative dazu beitragen, das Stadt-Land-Gefälle überbrücken wird.

Die EU hat kürzlich ihre langfristige Vision für ländliche Gebiete vorgestellt. Die SPE-Fraktion im AdR will die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bestärken, den künftigen EU-Pakt für den ländlichen Raum umzusetzen, sofern **dieser in einem ganzheitlichen Ansatz mit der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Kohäsionspolitik der EU koordiniert wird.** In diesem Zusammenhang ist es grundlegend, dass ländliche Gebiete eine Mitsprache erhalten und an der Prüfung der Folgen der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne für den ländlichen Raum mitwirken.

Die SPE-Fraktion im AdR wird sich dafür einsetzen, dass **unter dem Dach des EU-Pakts für den ländlichen Raum regionale Pakte auf den Weg gebracht werden. Diese würden die Bürgerinnen und Bürger direkter ansprechen, und die Behörden ländlicher Gebiete könnten die Mittel maßgeschneidert und effizienter zuweisen.** Zudem würde ein solches Konzept der regionalen und lokalen Auffassung von Wohlergehen im Verhältnis zu vorhandenen Ressourcen, Besonderheiten und lokalen Wertschöpfungsketten Rechnung tragen.

Nach Überzeugung der SPE-Fraktion im AdR **dürfen die ländlichen Gebiete bei der Bewältigung der Ökowende nicht alleingelassen werden.** Daher muss auch der Verknüpfung zwischen der Umsetzung des Legislativpakets „Fit für 55“ und der Fähigkeit ländlicher Gebiete, sich unter Beachtung des Grundsatzes einer ortsbezogenen Politik daran zu beteiligen, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

5) VORBEREITUNG AUF EIN SOZIAL GERECHTES DIGITALES ZEITALTER **Den digitalen Wandel sozial gerecht gestalten und den Zusammenhalt sichern**

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

Die Digitalisierung ist einer der Megatrends, die den Alltag und das Erwerbsleben überall auf der Welt prägen. Europa will in seinem Ansatz für den digitalen Wandel, insbesondere im Hinblick auf künstliche Intelligenz, den Menschen in den Mittelpunkt stellen und verfolgt bei der Digitalisierung sein eigenes Entwicklungskonzept.

Daher ist es wichtig zu bewerten, in welcher Weise die Effekte und die Art der Digitalisierung auf die europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften ausstrahlen, insbesondere im Bereich der öffentlichen Dienste und der Arbeitswelt. Vor diesem Hintergrund wird die SPE-Fraktion im AdR progressive Regionen und Städte zum Austausch bewährter Verfahren ermuntern und sie um Anregungen zum Digitalisierungspfad der EU bitten, damit dieser im Zuge der technischen Entwicklung zu inklusiveren und nachhaltigeren Ergebnissen führt und einem umfassenderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ziel dient, nämlich Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Bürgerinnen und Bürger und die Umwelt.

Nach Ansicht der SPE-Fraktion im AdR müssen **die digitale Bildung und das lebenslange Lernen gefördert werden, weil sie entscheidend dafür sind, den Weg für eine nachhaltige und inklusive Zukunft für alle zu ebnet.** Besonders muss auch darauf geachtet werden, dass **alle auf der Welle des digitalen Wandels mitschwimmen können,** sei es in Bezug auf den Zugang zu öffentlichen Diensten, kulturellen, staatsbürgerlichen oder politischen Aktivitäten im Internet, digitalen Kompetenzen oder den Zugang zu hochwertigen Breitbandverbindungen und digitalen Diensten. All dies sind wichtige Voraussetzungen **für die digitale Gleichstellung und den digitalen Zusammenhalt.**

Insbesondere einige ländliche und abgelegene Gebiete sind noch nicht mit schnellem Internet ausgestattet. Dies sollte aber ganz klar als Grundbedürfnis aller Menschen in der Europäischen Union eingestuft und die Bereitstellung daher als Dienstleistung von allgemeinem Interesse betrachtet werden.

Gestaltung der Gig-Ökonomie und Schutz der Plattformbeschäftigten

Die digitale Revolution verändert die Art und Weise, wie wir arbeiten, konsumieren, produzieren und leben. Plattformbeschäftigte gehören zu den schwächsten Beteiligten der heutigen *Gig Economy* und erleben den technischen Fortschritt von seiner Kehrseite. Damit der technische Fortschritt allen auch einen sozialen Fortschritt bringt, müssen **Plattformbeschäftigte als Arbeitnehmer anerkannt werden und menschenwürdige, faire Arbeitsbedingungen und soziale Rechte wie Krankheitsurlaub, Sozialversicherung und gerechte Entlohnung, aber auch das Recht auf Kollektivverhandlungen erhalten**. Nach Überzeugung der SPE-Fraktion im AdR müssen die digitale Wirtschaft und die Arbeitswelt so gestaltet werden, dass sie nicht nur wenigen, sondern vielen zugutekommen.

Der technische Fortschritt darf die Standards des europäischen sozialen Besitzstands nicht aushöhlen, und vor allem müssen die traditionellen Wirtschaftssysteme und die Plattformwirtschaft unter gleichen Wettbewerbsbedingungen nebeneinander bestehen.

6) FÜR EINE STÄRKUNG DER ROLLE DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER AUF DEM WEG ZU EINEM DEMOKRATISCHEREN UND POLITISCHEREN EUROPA

Stärkung und Vertiefung der europäischen Demokratie durch Förderung innovativer Formen der Bürgerbeteiligung am Beschlussfassungsprozess der EU

Die Konferenz zur Zukunft Europas, eine Leitinitiative der Von-der-Leyen-Kommission, **soll den Bürgerinnen und Bürgern der EU eine attraktive Gelegenheit geben, sich Europa zuzuwenden und aktiv an der Neuanpassung, Neuordnung und Neudefinition Europas als gemeinsames politisches Projekt mitzuwirken**. Ziel ist es, ein engeres Band zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den EU-Organen als übergeordneter politischer Ebene zu schmieden und wieder Vertrauen aufzubauen. Damit verbindet sich auch die Hoffnung, der europäischen Identität einen neuen Schub zu geben und den Weg für die Europawahl 2024 zu ebnen.

Es ist zwar nicht gelungen, mit der Konferenz eine neue politische Dynamik in Europa zu entfalten, doch ist die SPE-Fraktion im AdR entschieden der Ansicht, dass es nicht bei diesem einen Versuch bleiben sollte. **Das Engagement und der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern müssen dauerhaft gepflegt werden und Eingang in die Beschlussfassungsverfahren der EU finden, und bei künftigen Gelegenheiten, welche Gestalt auch immer sie haben mögen, müssen die lokalen und regionalen**

Gebietskörperschaften einbezogen werden. Es ist wichtig, einen neuen Ansatz zu entwickeln und anders an die Frage heranzugehen, wie sich die Menschen im Projekt Europa repräsentiert und eingebunden und sich davon angesprochen fühlen. **Die politische Debatte über eine mögliche Vertragsänderung muss neu entfacht werden, indem ein Konvent gefordert wird, und dadurch den AdR als politische Versammlung gestärkt hervorgehen.**

EU-Erweiterung

Der AdR hat derzeit drei aktive Gemeinsame Beratende Ausschüsse (GBAs) mit Montenegro, Nordmazedonien und Serbien und zwei Arbeitsgruppen (AGs) mit den EU-Erweiterungsländern, der Türkei und dem westlichen Balkan. SPE-Mitglieder beteiligen sich aktiv an diesen Gremien, indem sie frühere Erfahrungen aus ihrem EU-Beitritt sowie Best-Practice-Beispiele lokaler und regionaler Gebietskörperschaften innerhalb der EU austauschen und sich für die Grundprinzipien der EU als Voraussetzung für den Beitritt zur Union einsetzen. Auf diese Weise unterstützen die SPE-Mitglieder die Erweiterungsländer auf ihrem Weg in die Europäische Union, bereiten sie auf eine mögliche EU-Mitgliedschaft vor und überwachen die laufenden Beitrittsverhandlungen mit besonderem Schwerpunkt auf den Erweiterungskapiteln, die für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften am relevantesten sind. So sehr die SPE-Fraktion auch davon überzeugt ist, dass künftige EU-Mitgliedstaaten alle Beitrittskriterien erfüllen müssen bevor sie der EU beitreten, glaubt sie auch, dass Streitigkeiten bilateral gelöst werden sollten, während EU-Erweiterungsländer eine realistische Erweiterungsperspektive verdienen, sobald die notwendigen Kriterien erfüllt sind.

Für eine noch engere Beziehung zur östlichen und südlichen Nachbarschaft der EU

Die Konferenz der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Östlichen Partnerschaft (**CORLEAP**) und die Versammlung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer (**ARLEM**) sind zwei vom AdR eingerichtete politische Foren, in denen Städte und Regionen der Nachbarländer Europas zusammenkommen, um mit ihren europäischen Partnern zu erörtern, wie die lokale Demokratie, die Multi-Level-Governance und die dezentrale Zusammenarbeit gefördert werden können. Zudem können sie sich über bewährte Verfahren, Kenntnisse und technische Erfahrungen in den Zuständigkeitsbereichen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften austauschen. **Diese beiden politischen Foren unterstreichen zusammen mit den gemischten beratenden Ausschüssen (GBA) und Arbeitsgruppen, die der AdR mit den Erweiterungsländern gebildet hat, die Bedeutung einer engeren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und eines kontinuierlichen Dialogs mit den Nachbarländern Europas.**

Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft muss von gemeinsamen Werten und den Erweiterungskriterien der EU getragen sein. Sie muss auch von dem politischen Willen angetrieben sein, die dringendsten Prioritäten für den weiteren Weg anzugehen, um Stabilität und gemeinsamen Wohlstand in der EU und ihrer Nachbarschaft zu gewährleisten. In ihrem Handeln gegenüber den CORLEAP- und ARLEM-Ländern muss die EU bestrebt sein, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu stärken, Solidarität, Dezentralisierung und institutionelle Reformen zu fördern und gleichzeitig die in den EU-Verträgen und in der EU-

Grundrechtecharta verankerten Werte und Rechte zu achten. Der AdR hat eine Arbeitsgruppe mit der Ukraine, dem größten Land der Östlichen Partnerschaft eingesetzt. Aufgrund der russischen Invasion in der Ukraine und der damit verbundenen geopolitischen Bedeutung übernahm die AdR-Arbeitsgruppe Ukraine ihre politische Rolle, AdR-Antworten zu formulieren und ukrainische Partner vor Ort zu unterstützen.

Die SPE-Fraktion im AdR will hier unterstützend wirken und die politische Zusammenarbeit und den Dialog mit progressiven Kräften in den ARLEM- und CORLEAP-Ländern stärken, um die dringendsten Prioritäten für den weiteren Weg anzugehen und auf diese Weise Stabilität und gemeinsamen Wohlstand rund um das Mittelmeer und mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft zu gewährleisten.

Es ist an der Zeit, dass progressive Dörfer, Städte und Regionen zu Katalysatoren einer Gesellschaft des Wohlergehens werden und die Rolle der Kohäsionspolitik bei ihrer Verwirklichung!

Europa steht derzeit vor vielfältigen Herausforderungen. Sie zeigen, dass es nach der Krise von 2008 und jetzt mit der COVID-19-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine dringend notwendig ist, die Art und Weise, wie unsere Gesellschaften organisiert sind, zu überdenken und auch zu überlegen, wie Politik gestaltet werden muss, um eine nachhaltige Zukunft und gemeinsamen Wohlstand für alle zu sichern und dafür zu sorgen, dass alle Menschen und alle Gebiete daran teilhaben. Genau deswegen ist das Konzept des Wohlergehens der Leitgedanke in den Prioritäten unserer politischen Familie, insbesondere auf dem Weg zu sozialem und ökologischem Fortschritt, wie er in der europäischen Säule sozialer Rechte und in den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung dargelegt wird.

Starke Wohlfahrtsstaaten, leistungsfähige öffentliche Dienste und unser Gesellschaftsmodell als Ganzes müssen sich dem Wohlergehen als einer fortschrittlichen, inklusiven und nachhaltigen Agenda für die Zukunft verschreiben. Soziale Gerechtigkeit, Kultur und sozialer Fortschritt als faire und gerechte Übergänge stehen im Mittelpunkt unserer Agenda für eine progressive Politik. Mit der Unterstützung einer starken und robusten Kohäsionspolitik sind progressiven Dörfer, Städte, Gemeinden und Regionen bereit, diese Vision einer Gesellschaft des Wohlergehens und des Fortschritts Wirklichkeit werden zu lassen!